

JOACHIM TESCH

Zur Vermögensverteilung in Deutschland und ihren Konsequenzen für die Politik

Eine Übersicht

Linke Parteien und Strömungen – dem Streben nach Gleichheit verpflichtet – thematisieren in der politischen Auseinandersetzung und bei der Werbung von Wählerstimmen gerne den Gegensatz von »arm« und »reich«. Im Kern lauten die Aussagen meistens: Wenige besitzen fast alles und die meisten besitzen fast gar nichts. So heißt es in einer Flugschrift der PDS vom November 1997, »daß das reichste Viertel der Gesellschaft 70 Prozent des Geldvermögens besitzt, während sich das ärmste Viertel mit nur 2 Prozent bescheiden muß«¹. Solche Aussagen provozieren zur Frage, welche Rolle die mittleren zwei Viertel spielen. In der genannten Flugschrift finden sich auch Formulierungen wie: »Reichtum ist teilbar« und »Armut bekämpfen – Reichtum begrenzen«². Angesichts solcher Forderungen drängen sich weitere Fragen auf: Wer ist reich, wessen Reichtum soll geteilt werden? Und: Wer ist arm?

Völlig zu Unrecht bleibt bei solchen vereinfachenden Gegenüberstellungen meist außer Betrachtung, wieviel Vermögen die Haushalte der Mittelschichten ihr eigen nennen und ob diese bereit wären, sich an der Aufteilung des Vermögens der Reichsten in der Gesellschaft zu beteiligen. Aber gerade das ist wichtig zu wissen, wenn Parteien in einer parlamentarischen Demokratie Verbündete brauchen oder gar Mehrheiten suchen.

»Statistische« Probleme

Insgesamt besteht das Vermögen der privaten Haushalte aus dem Besitz bzw. Eigentum an Geld, Immobilien, Betrieben und Gebrauchsgütern. Letzteres Vermögen – zu dem langlebige und hochwertige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, für Verkehrszwecke, für Bildungs- und Unterhaltungszwecke sowie für die persönliche Ausstattung gehören – wird im folgenden vernachlässigt, da es außerhalb von Umverteilungsüberlegungen steht.

Bei der Darstellung der Vermögensverteilung gibt es »statistische« Probleme, genauer gesagt: wie kaum auf einem anderen Gebiet mangelt es an Auskunftsbereitschaft der Befragten – die Reichen haben kein sonderliches Interesse, ihr Vermögen bekannt werden zu lassen. PDS und SPD hatten im Bundestag im Juni 1997 Anträge gestellt, die die Bundesregierung zur regelmäßigen Erarbeitung von Berichten über die Verteilung von Einkommen und Vermögen verpflichten sollten; diese wurden von den Regierungsparteien abgelehnt (u. a. mit der Begründung: »um eine Neiddiskussion zu vermeiden«)³.

Joachim Tesch – Jg. 1933; 1952-1961 Studium der Industrieökonomik und Promotion zum Dr. rer. oec. an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961-1971 leitende Funktionen in Berliner Bauunternehmen und im Ministerium für Bauwesen der DDR, 1972-1994 Professor an der TH Leipzig, zuletzt für Volkswirtschaftslehre. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 94, S. 11-21.

1 PDS im Bundestag: Reichtum ist teilbar. Flugblatt vom 12. Dezember 1997. Ähnlich in Rheinblick, Bonn, 2/98, S. 1.

2 Ebenda.

3 Nach Neues Deutschland vom 14./15. Juni 1997.

Auf der Betrachtungsebene volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen sind die Umfänge des Geld- und Sachvermögens – wie auch einfache Durchschnitte/Einwohner – noch ziemlich zuverlässig bestimmbar: Das Geldvermögen wird von der Bundesbank in der gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensrechnung dargestellt. Und das reproduzierbare Sachvermögen wird vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermittelt. Beide Rechnungen ergeben aber keine Aussagen über die Verteilung des Vermögens. Diese lassen sich in zwei anderen Statistiken finden, wenn auch nur mit Einschränkungen:

- Die Unterlagen der Vermögensteuer ergaben früher in Westdeutschland auch Verteilungsaussagen, aber nur für den Kreis der Steuerpflichtigen. Dabei ist zu bedenken, daß die Freigrenzen recht hoch lagen. Die letzte Statistik liegt bisher für das Jahr 1988 vor. Inzwischen ist die Vermögensteuer abgeschafft und damit entfällt auch die entsprechende Statistik.

- So bleibt im wesentlichen nur die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die vom Statistischen Bundesamt im Abstand von fünf Jahren erhoben wird, die bisher letzte für das Jahr 1993, erstmalig auch für Ostdeutschland⁴. Da die Beantwortung der Fragen auf freiwilliger Basis erfolgt, sind nach Einschätzung der Experten die Vermögen der Superreichen nur sehr unvollständig erfaßt. Dennoch bleibt die EVS die einzige brauchbare statistische Ausgangsgrundlage zur Darstellung der Vermögensverteilung.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) hat auf der EVS aufbauend sowie unter Berücksichtigung der VGR und der Bundesbank-Vermögensrechnung Modelle entwickelt, mit deren Hilfe hinreichend genaue Verteilungen bestimmt werden können. Die Differenzen zwischen den hochgerechneten Stichproben und den Angaben aus den gesamtwirtschaftlichen Rechnungen werden bei der Darstellung der Verteilung dazu geschätzt⁵.

Die Ergebnisse zur Vermögensverteilung im Jahre 1993 sind in zwei Publikationen aktuell aufbereitet – Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, in: DIW-Wochenbericht 30/96 vom 25. Juli 1996, S. 497-506 und Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, DIW, Beiträge zur Struktur-forschung Heft 173 (im folgenden kurz: DIW 1998).

Die folgenden Darstellungen stützen sich, wenn nichts anderes vermerkt, auf diese Veröffentlichungen. Gegenüber anderen bzw. früheren Aufbereitungen beziehen sie nicht nur die genannten Differenzen zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein, sondern weisen die Vermögensbestände auch netto aus, d. h.:

- Nettogeldvermögen ist das um die Restschulden aus Konsumenkrediten verringerte Bruttogeldvermögen;

- Nettogrundvermögen ist das um die Restschulden aus Hypotheken und Darlehen für Haus- und Grundbesitz verringerte Bruttogrundvermögen. Die Bewertung erfolgt marktnah, möglichst zu Verkehrswerten bzw. Wiederbeschaffungspreisen.

Um die personelle Verteilung des Vermögens sichtbar zu machen, werden in den Abbildungen 1-3 und in den Tabellen die Anzahl und die Anteile der Haushalte nach Vermögensklassen dargestellt. Dabei entsprechen 360⁰ des Kreises 100 Prozent der Haushalte.

4 Vgl. u. a. Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik, 5/1995, S. 391ff. und Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, ebenda, 6/1995, S. 488ff.

5 Vgl. u. a. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 498ff.

Geldvermögen⁶

Bestandteile des Geldvermögens sind: Spareinlagen, Bausparguthaben, Versicherungsguthaben, Wertpapiere (u. a. Aktien), sonstige Geldvermögen (Geld auf Terminkonten, in Berlin-Darlehen, in Bauherren- und Reedereimodellen). Nicht dazu gezählt werden Bargeld, Guthaben auf Girokonten, Ansprüche an die betriebliche Altersversorgung und an Pensionskassen sowie auch nicht Forderungen an andere private Haushalte.

Der Gesamtbestand beträgt 3,2 Billionen (3 160 Milliarden) DM. Und – wie aus Abbildung und Tabelle 1 zu sehen ist – verfügen knapp 90 Prozent der Haushalte über Geldvermögen, allerdings bei einer sehr ungleichen Verteilung! Einerseits besitzen 150 000 Haushalte mehr als 1 000 000 DM Nettogeldvermögen; andererseits befinden sich unter den mehr als vier Millionen Haushalten mit weniger als 2 500 DM auch mehrere Millionen, die überschuldet sind.

Aus der Sicht des Themas interessiert jedoch insbesondere der Bereich mit der relativ größten Zahl von Haushalten: Über 13 Millionen Haushalte besitzen zwischen 25 000 und 100 000 DM an Nettogeldvermögen (vgl. Tabelle 1a). Das sind immerhin rund 39 Prozent der Haushalte.

Tabelle 1a:

*Private Haushalte mit einem Nettogeldvermögen von 25 000 bis unter 100 000 DM im Jahre 1993**

Gebiet	Zahl der Haushalte		Nettogeldvermögen		
	in 1000	in vH**	gesamt in Mill. DM	je Haushalt in vH** in DM	
D-West	11.500	40,7	622.318	35,2	54.000
D-Ost	1.916	29,2	86.385	60,8	45.000
insg.	13.416	38,6	708.703	37,1	53.000

* zusammengestellt nach DIW 1998, S. 77.

** der jeweiligen Haushalte insgesamt.

In Westdeutschland verfügen diese Haushalte über 35 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens; in Ostdeutschland sind es sogar über 60 Prozent des gesamten hiesigen Nettogeldvermögens der privaten Haushalte. Zusammenfassend ergibt sich beim Geldvermögen: Der Anteil der Haushalte mit einem Nettogeldvermögen von mehr als 25 000 DM einschließlich der Superreichen beträgt über 58 Prozent! Und das mittlere Drittel der privaten Haushalte verfügt immerhin über etwa ein Drittel des gesamten Geldvermögens. Alle diese Haushalte achten sehr auf die Inflationsrate, auf die Zinssätze für Geldanlagen sowie auf die Höhe der Freibeträge für die Zinsbesteuerung⁷.

Immobilienvermögen im Privatbesitz⁸

Bestandteile des Immobilienvermögens sind: Eigentum an Grund, Haus und Wohnungen – einschließlich vermieteter Wohnungen⁹, wobei der Anteil der privaten Haushalte, die Eigentümer von Mehrfamilienhäusern sind, unter drei Prozent liegt¹⁰. Nicht dazu gehören Betriebsgrundstücke und eigengenutzte Betriebsgebäude.

6 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 500f. und DIW 1998, S. 48ff.

7 So würde z. B. eine im Zuge der Steuerreform angedachte Halbierung der Sparerfreibeträge Millionen von Anlegern treffen (vgl. Finanztest 4/97, S. 32).

8 Vgl. DIW 1998, S. 90ff.

9 Im Unterschied zur VGR, in der die (Miet-)Wohnungen dem Bereich Unternehmen zugeordnet werden – vgl. auch Wirtschaft und Statistik, 6/1995, S. 489 und DIW-Wochenbericht 4/96, S. 61.

10 Vgl. Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik, 6/1995, S. 489f.

Der Gesamtbestand verkörpert einen Marktwert von 5,4 Billionen (5 400 Milliarden) DM. Die Zahl der Haushalte mit Immobilienvermögen ist kleiner als die mit Geldvermögen, aber es ist unter den Besitzenden gleichmäßiger verteilt (vgl. Abb. und Tabelle 2). Zwar gibt es 770 000 Haushalte mit mehr als einer Million DM an Immobilienvermögen, wobei aber insbesondere das selbstgenutzte Wohneigentum ein großes Gewicht hat; das wiederum ist für das mittlere Drittel entscheidend (im Bereich zwischen 100 000 und 350 000 DM).

Auch in diesem Bereich sind die Unterschiede zwischen West und Ost erheblich. Unter der Grenze 100 000 DM haben von den Haus und Grund besitzenden Haushalten in Westdeutschland lediglich vier Prozent, aber in Ostdeutschland fast 35 Prozent Immobilienvermögen. Hier haben offensichtlich insbesondere die Wochenendgrundstücke ein großes Gewicht.

Zusammenfassend ist zum Immobilienvermögen festzustellen: 85 Prozent der Haushalte mit Immobilienvermögen – gleich 40 Prozent aller Haushalte – besitzen weniger als 500 000 DM; das sind aber 60 Prozent des Gesamtvermögens an Immobilien! Sie alle interessieren sich für Veränderungen in der Bewertung, in den Marktpreisen und in relevanten Steuern von Haus- und Grundbesitz sehr intensiv!

Betriebsvermögen im Privatbesitz

Bestandteile des Betriebsvermögens sind Vermögen von natürlichen Personen, Personengemeinschaften und GmbH-Anteile natürlicher Personen.

Der Gesamtumfang beträgt netto 1,4 Billionen (1 360 Milliarden) DM. Der weitaus überwiegende Teil liegt über der Grenze von einer Million DM beim einzelnen Haushalt¹¹.

Gesamtvermögen¹²

Die Zusammenfassung der Vermögen an Geld, Immobilien und Betriebsvermögen – für die Volkswirtschaft als ganzes sachlich nicht zulässig, für Gruppen von Wirtschaftssubjekten innerhalb der Volkswirtschaft jedoch möglich – ergibt für die privaten Haushalte ohne Gebrauchsvermögen ein Gesamtvermögen von rund 10 Billionen (10 000 Milliarden) DM mit den genannten Bestandteilen:

Geldvermögen	3,2 Billionen DM
Immobilien	5,4 Billionen DM
Betriebsvermögen	1,4 Billionen DM.

Zum Vergleich: Das jährliche Bruttoinlandsprodukt in Deutschland beträgt zur Zeit etwa ein Drittel dieses Gesamtwertes, nämlich 3 bis 3,5 Billionen DM.

Bei der Verteilung (vgl. Abb. und Tabelle 3) fällt zunächst die Polarisierung auf. Einerseits existiert knapp eine Million Vermögensmillionäre (2,7 Prozent der Haushalte), andererseits besitzen 16 Millionen (46 Prozent der) Haushalte weniger als 100 000 DM. Statistische Daten für die Anteile unter dieser Grenze stehen leider nicht zur Verfügung.

Aber zumindest ist ebenso wichtig, daß mehr als 51 Prozent ein Nettovermögen zwischen 100 000 und einer Million DM besitzen.

11 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 501f.

12 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 502f.

So verfügen in Deutschland insgesamt breite Schichten – bis in die Kreise der Arbeiter und Angestellten hinein – über ein respektables Vermögen, von dem die Mehrheit der früheren Generationen kaum zu träumen wagte. Das ist ein Resultat des »Goldenen Zeitalters«, das der britische Historiker Eric Hobsbawm in seinem Buch »Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts« (deutsch 1995)¹³ so eindrucksvoll beschreibt. Die goldenen Jahre, das sind die fünfziger und sechziger Jahre sowie bis in Mitte der siebziger. Hier entstanden in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten Verhältnisse, die mit Bezeichnungen wie »Wohlstandsgesellschaft« und »Zwei-Drittel-Gesellschaft« oder auch »Drei-Viertel-Gesellschaft« umschrieben werden.

Mit Blick auf die Wohnungssituation sind das auch die Jahre, in denen die berufstätigen Arbeiter und Angestellten begannen, aus den Sozialwohnungen auszuziehen, die ursprünglich für sie gebaut worden waren und in denen nun die Sozialhilfeempfänger und andere an den Rand der Gesellschaft gedrängte Familien leben¹⁴.

Die Hauptquellen des Vermögens der privaten Haushalte (abgesehen von Preisveränderungen) sind:

- primär das Einkommen¹⁵. Im Unterschied zum Zeitalter von Marx erfolgt dabei das Sparen nicht nur aus dem Mehrwert der Kapitalisten, sondern inzwischen auch aus dem Masseneinkommen der Lohnbezieher.

- sekundär Erbschaften und Schenkungen, die jedoch nur eine Umverteilung darstellen und auf Ebene der Volkswirtschaft das Vermögen nicht vermehren. Jährlich werden z. Z. auf diesem Wege rund 300 Milliarden DM übertragen.¹⁶

Zugleich führen die wachsenden Vermögen und ihre ungleiche Verteilung zu Veränderungen in der Einkommensstruktur der privaten Haushalte: Die Einkommen aus Vermögen wachsen schneller als die aus unselbständiger Arbeit. So betragen die Indizes (bezogen auf 1991 = 100) im Jahre 1996 für die Nettolohn- und -gehaltsumme 111, für Vermögenseinkommen jedoch 123.¹⁷ Dementsprechend nehmen die Anteile des Einkommens der privaten Haushalte aus Erwerbstätigkeit ab und die aus Vermögenseinkommen zu.

Da ein erheblicher Teil der Geldvermögen von den privaten Haushalten an die öffentlichen Haushalte »verliehen« wird (durch Erwerb von Bundeswertpapieren u. ä.), ist der betreffende Teil der Zinsen letztlich steuerfinanziert. Auf diesem Wege wird ein wachsender Teil des Arbeitseinkommens der Vermögenslosen bzw. -armen an die Vermögensbesitzer transferiert. Das kumuliert soziale Probleme.¹⁸

Charakteristik der Mitte aus der Sicht der Vermögensverteilung

Um die »Mitte« aus der Sicht der Vermögensverteilung zu bestimmen, ist abzugrenzen, wer ist reich und wer ist arm? Wo sind die Grenzen aus Sicht des Vermögens zu ziehen? Offensichtlich sind diese nicht absolut gegeben, sondern historisch, entwicklungsbedingt bestimmt.

Ist schon derjenige Haushalt reich, der mehr als 500 000 DM besitzt? Dann wären rund zehn Prozent als reich zu bezeichnen. Bezogen auf das Gesamtvermögen zu einer aktuellen Bewertung – zum Verkehrswert und netto – wären dann schon etliche Einfamilien-

13 Vgl. insbesondere ebenda, S. 324ff.

14 Vgl. auch Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1995, S. 388f.

15 Vgl. Eva Müller: Das Vermögen und seine Quelle, in: Sozialismus, Heft 9/94, S. 56ff.

16 Vgl. DIW-Wochenbericht 30/96, S. 497.

17 Berechnet nach DIW-Wochenbericht 31/1997, S. 541 und 545.

18 Vgl. Helmut Creutz: Warum stößt der Sozialstaat an seine Grenzen?, in: Sozialismus 5/98, S. 49f.

hausbesitzer sowie Klein- und Mittelunternehmer u. ä. zu den Reichen dieser Gesellschaft zu zählen. Soll ihr »Reichtum« etwa geteilt werden?

Eher wäre die Grenze für das Gesamtvermögen sicherlich bei einer Million DM anzusetzen. Zumindest beginnt ab hier die Möglichkeit, nur vom Einkommen aus Vermögen zu leben; eine Rendite von sechs Prozent ergäbe immerhin ein Jahreseinkommen von 60 000 DM. Damit könnte das Leben als Rentier beginnen. Eine Million Vermögensmillionäre, 2,7 Prozent der Haushalte – das wären dann die Privaten, deren Reichtum gegebenenfalls umzuverteilen wäre.

Aber sind alle anderen unter dieser Grenze arm? Oder ist vielleicht arm, wer nur über weniger als 100 000 DM Gesamtvermögen verfügt? Etwa an eine solche Grenze gelänge man/frau rechnerisch, wenn die für die Bestimmung von relativer Einkommensarmut übliche Methodik angewendet wird – 40 Prozent des Durchschnittswertes¹⁹.

Der Wirklichkeit näher kommt man/frau, wenn einer Feststellung von Eric Hobsbawm gefolgt wird, daß die Unterschiede zwischen dem Besitzer eines Volkswagens und dem eines Mercedes viel geringer geworden sind, als zwischen dem Besitzer eines Autos und dem, der keines hat²⁰ – zumal der Besitz eines Autos in Deutschland den Empfang von Sozialhilfe ausschließt.

Dann läge die Grenze zur Armut aus Sicht des Vermögens vergleichsweise beim Preis eines Mittelklasse-PKWs, also bei etwa 25 000 DM. Das ergäbe – der Einfachheit halber nur aus der Sicht des Geldvermögens – etwa 14,6 Millionen vermögensarme Haushalte, das wären immerhin auch 40 Prozent aller Haushalte.

Weiter brauchen die Abgrenzungen nicht getrieben zu werden, um feststellen zu können, daß die privaten Haushalte mit einem mittleren Vermögen zwischen 25 000 und 500 000 oder 1 000 000 DM wohl weder als reich noch als arm bezeichnet werden können. Diese Mitte umfaßt aber mehr als die Hälfte – 50 bis 55 Prozent – der Haushalte. Wohin sich diese große Gruppe wendet, ist politisch sehr bedeutsam und entscheidend für die Bildung und Gewinnung von parlamentarischen Mehrheiten.

Die ökonomisch-politische Elite bestimmt kraft ihres Vermögens die Geschehnisse im Land. Die Macht dieser Reichen beruht jedoch vor allem – wie Harry Nick mehrfach bemerkte – »auf dem Bestreben der Mehrheit, selber reich oder wenigstens reicher zu werden«²¹. Schon 1995 titelte Harry Nick einen Beitrag im »Neuen Deutschland«: »Die Reichen und die Mitte gegen die Armen«²². Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht für die Aufteilung des Reichtums, sondern für die Überprüfung der Sozialleistungen. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmt für den Sozialabbau zu Lasten der Empfänger von Transfereinkommen (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner). Sie glauben eher den Reden, nach denen die Reichen noch reicher werden müssen, damit die Armen Arbeit bekommen können²³ – das zeigt sich u.a. an den bürgerlichen »Argumenten« für die Senkung der Einkommensteuersätze. Und den Vermögensarmen, die zugleich Empfänger von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe u. ä. Transferzahlungen sind, wird noch suggeriert, sie seien selber als Individuum schuld an ihrem Los, so daß sie in den meisten Fällen resignieren, zumindest in Deutschland.

19 Gesamtvermögen/
Anzahl der Haushalte =
285 000 DM; 40 Prozent =
114 000 DM.

20 Vgl. Eric Hobsbawm:
Das Zeitalter der Extreme –
Weltgeschichte des 20.
Jahrhunderts, Frankfurt/M.
1995, S. 387.

21 Harry Nick: Das Eigen-
tum und der Sozialismus, in:
Marxistisches Forum, Heft
1, Berlin 1995, S. 16f.;
Ders.: Über Sozialismus und
Liberalismus, in: Marxistis-
ches Forum, Heft 7,
Berlin 1996, S. 11.

22 Harry Nick: Die Rei-
chen und die Mitte gegen
die Armen, in: Neues
Deutschland vom
8. März 1995.

23 Sinngemäß in einer
Diskussion auf dem Kir-
chentag in Leipzig am
20. Juni 1997.

Aktivitäten der Regierungskoalition

Die Aktivitäten der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP sind darauf gerichtet, auch durch ihre Vermögenspolitik die Mittleren noch stärker an die Reichen zu binden. Nach Auffassung der Herrschenden stabilisiert individuelles Eigentum die »freiheitlich-demokratische« Ordnung, d. h. das privatkapitalistische System. Im Entwurf des Dritten Vermögensbeteiligungsgesetzes, das kürzlich im parlamentarischen Verfahren war²⁴, hieß es in der Präambel: »Individuelles Eigentum ist eine wesentliche Grundlage persönlicher Freiheit und Vorsorge und damit eine tragende Säule unserer sozialen Marktwirtschaft. Eine breite Streuung des Eigentums, vorrangig beim Wohneigentum und beim Produktivvermögen, festigt unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.«²⁵

Der Abteilungsleiter im unternehmernahen Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Rolf Kroker, meinte bei der Kommentierung des Gesetzentwurfes anlässlich des 33. Königsteiner Gesprächs am 20. März 1998 sogar wörtlich: die Vermögensbeteiligung »... könne helfen, den Klassenkampf zurückzudrängen«²⁶!

Wichtigste Aktivitäten bzw. Instrumente dieser auf die Förderung der Eigentümerinteressen gerichteten Wirtschaftspolitik sind:

- der Vorrang der Geldwertstabilität vor Vollbeschäftigung. Nach dem Phillips-Theorem²⁷ verhalten sich beide aber tendenziell invers, denn Vermögensbesitzer fürchten sich mehr vor der Inflation als vor der Arbeitslosigkeit²⁸;
- die (vollzogene) Abschaffung der Vermögensteuer²⁹ (bei partieller Erhöhung der Erbschaftsteuer);
- die Förderung des Wohneigentums mit Bausparprämien und Eigenheimzulagen;
- die wiederholten Versuche zur Beteiligung von Arbeitern und Angestellten am Produktivkapital in verschiedenen Formen (»Arbeitnehmersparzulagen«, Vergünstigungen für »Investivlohn« und »Gewinnbeteiligung«)³⁰.

Die Regierungskoalition tritt scheinbar für gerechtere Verteilung ein, will aber tatsächlich nur ihre Machtbasis verbreitern. Sie trifft dabei keine Maßnahmen zur Umverteilung von Vermögen, sondern nur zur Umverteilung von Vermögenszuwachsen.

Alternative Positionen

Bei einem großen Teil der SPD und der Gewerkschaften hat in bezug auf das Ziel der Vermögensbeteiligung ein Paradigmenwechsel stattgefunden (vgl. Prof. Rürup anlässlich des 33. Königsteiner Gesprächs³¹): Statt Machtbeteiligung und Kontrolle (Mitbestimmung in der Wirtschaft) werden heute nur noch finanzielle Aspekte (Einkommen auch aus Vermögen, speziell zur Altersvorsorge) betont. Auf diese Weise haben sich die Standpunkte der SPD-Mehrheit der CDU angenähert. Das gilt auch für Teile der Bündnisgrünen – was z.B. in der spöttischen Bemerkung ihres Fraktionsprechers, Joschka Fischer, über Vorschläge zur Vermögensumverteilung zum Ausdruck kommt. »Davon halt ich nix, nehmt's den Reichen und gebt's den Armen. Das ist Robin Hood und die PDS nach dem Rostocker Parteitag.«³² Was will dagegen die oppositionelle Linke, verkörpert durch große Teile der PDS, linke Sozialdemokraten und linke Grüne

24 Die Abstimmung im Bundestag fand am 30. April statt.

25 Nach dem unveröffentlichten Entwurf vom 3. März 1998, S. 1.

26 Nicht veröffentlicht; Notiz des Verfassers.

27 Tendenziell existiert eine inverse Beziehung zwischen den Veränderungen in der Höhe der Inflationsrate und der Größe der Arbeitslosenquote – vgl. Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, 1987, S. 1445f.

28 Vgl. J. K. Gailbraith: Interview, in: Sozialismus, Heft 3/95, S. 50.

29 Gestützt auf das Fehlurteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichtes 1995.

30 Vgl. Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Thesen – Pläne – Gesetze. Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen, Bd. 57, Siebte Folge: 1986 bis 1990, Bd. 58, Achte Folge: 1991 bis 1996, Bonn 1997.

31 Vgl. Bert Rürup: Vermögenspolitik – Ziele und Optionen, in: Neuausrichtung der Vermögenspolitik, Bonn 1998, S. 63ff.

32 Nach Neues Deutschland vom 9. April 1998.

(die u. a. in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – in der Öffentlichkeit bekannt als MEMO-Gruppe um Prof. Hickel, Bremen – zusammenarbeiten)?

Ihre gemeinsame Grundposition lautet im Einklang mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik: für Eigentumspluralismus, aber einschließlich gemeinwirtschaftlicher Formen! Das folgt aus grundsätzlichen, programmatischen und nicht aus bloßen taktischen Überlegungen.³³ Wie im einzelnen aus dem Wahlprogramm 1998 und dem Rostocker Manifest der PDS³⁴, aber auch dem Memorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1998³⁵ zu entnehmen ist, zielen die Vorschläge – wenn auch unterschiedlich akzentuiert – vor allem darauf,

- eine einmalige Vermögens(Sonder)abgabe bzw. Zwangsanleihe zu erheben,

- Spekulationsgewinne und Devisentransaktionen zu versteuern,

- die Vermögensteuer bei gleichzeitiger Reform der Bemessungsgrundlage wieder einzuführen sowie

- die Sätze für die Erbschaft- und Schenkungsteuer zu erhöhen.

Vermögensbesitzer befürchten bereits, daß schon bei Regierungsübernahme durch die SPD und die Bündnisgrünen eine Erhöhung dieser Steuer erfolgt: So ist in diesen Monaten hohe Zeit für Notare, die Teilschenkungen als Vorgriff auf spätere Erbschaften zu beurkunden haben. Die Erhöhung der Steuersätze ist sinnvoll, zumal sie im internationalen Vergleich gegenüber vielen Ländern verhältnismäßig niedrig liegen. Spezielle Positionen sind auch zum Wohneigentum und zur Beteiligung am Betriebsvermögen zu bestimmen.

Wie könnte es insgesamt weitergehen? Sicherlich ist es notwendig, in der Öffentlichkeit dem Thema Sozialmißbrauch die Mißachtung der Sozialpflicht des Reichtums durch die Multimillionäre entgegenzusetzen, denn aus dem Bewußtsein der Vermögenden ist der Artikel 14 Abs. 2 GG weitgehendst entschwunden. Aber das reicht nicht für eine alternative Politik, die Mehrheiten gewinnen will und muß.

Rechte und Rechts-Mitte-Parteien nutzen die Ängste der mittleren Vermögensbesitzer vor einem sozialen Abstieg aus und schüren damit die Stimmung gegen linke Parteien. Für eine Partei, die um den Wiedereinzug in den Bundestag ringt, mag es angängig sein, im Wahlprogramm an die Armen zu appellieren und den Reichtum teilen zu wollen. Mittelfristig, aus der Sicht einer eindeutigen Programmatik, erscheint eine allgemeine Polemik gegen den Reichtum unangebracht. Mehrheiten gegen die herrschenden Multimillionäre lassen sich mit einer solchen Losung nicht gewinnen. Harry Nick ist zustimmend, wenn er schreibt: »Linke Politik muß ... auf eine radikale Alternative innerhalb marktwirtschaftlicher, demokratischer Strukturen hinwirken. Sie vermag dies nur, wenn auch sie sich dem Fall der Mitte entgegenstellt, auch in die soziale Mitte einwirkt, dort auch ihre Verbündeten findet. Chancen und Dringlichkeit einer solchen Politik sind größer denn je, linke Politik ohne den Blick zur Mitte hin ist chancenärmer denn je.«³⁶

Die Positionen der oppositionellen Linken erscheinen auch in Hinsicht auf die Vermögensverteilung noch nicht ausgereift.

33 Vgl. Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 131ff.

34 Vgl. DISPUT/Presse-dienst 4/1998.

35 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM'98: Bewegung in Europa – Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, Köln 1998.

36 Harry Nick: Wenn die Mitte wegbriecht, in: Neues Deutschland vom 9. Januar 1998.